

AUSGABE VOM 29. JUNI 2019

Neue Datenschutz-Regelung: Bürokratieabbau für Kleinbetriebe

Die Schwelle, ab der Betriebe einen Datenschutzbeauftragten ernennen müssen, steigt von 10 auf 20 Mitarbeiter und das auch dann nur, wenn mindestens zwanzig Personen stärker mit automatisierter Datenverarbeitung befasst sind. Das hat der Bundestag am Freitag beschlossen.

„Das Datenschutzanpassungsgesetz ist eine wichtige Maßnahme zum Bürokratieabbau von der viele Handwerksbetriebe, junge Gründerinnen und Gründer und Vereine auch in NRW und Köln profitieren“, betont der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring. Nun müsse zügig auch der von der Union seit langem geforderte Gesetzentwurf zur Verhinderung ungerechtfertigter Abmahnungen wegen Datenschutzverstößen vorgelegt werden. Das sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

Wohngeldreform bringt mehr Wohngeld für mehr Bürger

„Bezahlbare Mieten“, das ist unbestritten eine der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit. Der Bundestag hat am Freitag die Beratung der geplanten Wohngelderhöhung begonnen. Dem Gesetzentwurf von Bundesbauminister Horst Seehofer zufolge sollen im nächsten Jahr 660.000 Haushalte mit geringen Einkommen Wohngeld erhalten können, 180.000 mehr als bisher. Der Mietzuschuss erhöht sich um durchschnittlich 30 Prozent, für einen Zwei-Personen-Haushalt bedeutet das durchschnittlich 190€ im Monat statt zuvor 145€. (zur Rede)



„Ein wichtiges Vorhaben des Wohngipfels, das nun umgesetzt wird“: MdB Karsten Möring ist zuständiger Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion für die Wohngeldreform. (Foto: Privat)

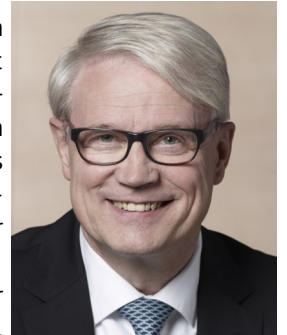
Wohngeld wird für jeden Haushalt individuell berechnet und richtet sich nach dem Einkommen, der Zahl der Haushaltsmitglieder und den Mietpreisen in der Wohngegend. „Das Wohngeld soll künftig mehr Menschen erreichen und höher ausfallen“, so der CDU-Abgeordnete Karsten Möring in seiner Rede im Bundestag. Möring kündigte an, die Regelungen im Rahmen der weiteren Beratungen noch in mehreren Punkten zu verbessern.

„Mit der Erhöhung der Leistungen und der Ausweitung des Kreises der Berechtigten wird die Koalition auch zahlreiche Mieterinnen und Mieter in Köln entlasten“, so das Mitglied im Bundestagsbauausschuss. Neben der allgemeinen Leistungserhöhung enthalte der Gesetzentwurf auch eine Dynamisierung des Wohngeldes.

Künftig wird das Wohngeld alle zwei Jahre an die Bestandsmieten und an die Einkommensentwicklung angepasst. „Wir wollen, dass mit dem Zuschuss Menschen mit zu niedrigen Einkommen ihre Wohnkosten tragen können und nicht auf die Regelungen der Sozialhilfe oder von Hartz IV angewiesen sind. Gerade angesichts der Tatsache, dass wir noch deutlich zu wenig Sozialwohnungen haben“, so MdB Möring. Bund und Länder finanzieren die Mehrkosten von 214 Millionen Euro je zur Hälfte. Die Ausgaben steigen von knapp einer Milliarde derzeit auf 1,2 Milliarden Euro. Der Gesetz wird im Herbst endgültig verabschiedet und soll zum Jahreswechsel in Kraft treten.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

Trauer aber auch Entschlossenheit leiten uns in diesen Tagen nach dem Mord eines Rechtsextremisten am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU).



Neben das Entsetzen über das kaltblütige Verbrechen tritt die feste Entschlossenheit, uns nicht einschüchtern zu lassen und Haltung zu zeigen. Das gilt in besonderem Maß hier bei uns in Köln auch für die erneuten Drohungen gegen unsere Oberbürgermeisterin Henriette Reker. Wir stehen an Ihrer Seite.

Die schnellen Fahndungserfolge im Fall Lübcke sind sehr erfreulich und zeigen, wie gut unsere Sicherheitsbehörden arbeiten. Ich bin sicher, dass Polizei und Generalbundesanwalt die Tat umfassend aufklären und auch klären werden, ob ein Netzwerk weiterer Personen an der Tat beteiligt war. Allerdings brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden, wenn wir auch Gefährder aus der rechten Szene besser im Blick behalten wollen. Das hatte ich letztes in der Sendung „Studio Friedmann“ gefordert.

Auch die Verrohung der Sprache, wie wir sie leider täglich in den Sozialen Medien lesen und hören, ist Nährboden für Gewalt. Erst der Hass und die Hetze der letzten Jahre haben den Boden für diesen feigen Mord an Walter Lübcke bereitet. Die AfD hat daran kräftig mitgewirkt und ihre Verurteilung der Tat ist an Heuchelei kaum zu überbieten. Duldete Sie bei ihren Medienauftritten doch nicht nur die unglaublichsten Kommentare, sondern wirkte mit einzelnen Mandatsträgern noch kräftig dabei mit. Das spricht für sich selbst.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



Bundestag ändert das Staatsangehörigkeitsrecht

Endlich hat unser Koalitionspartner wichtigen Änderungen beim Staatsangehörigkeitsrecht zugestimmt, die eigentlich selbstverständlich sein sollten: keine Einbürgerung von Polygamisten, Terrorkämpfern und Ausländern, die ihre Identität verschleiern! Der Bundestag beschloss am Donnerstag entsprechende Änderungen im Staatsangehörigkeitsgesetz. Es war ein wichtiges Anliegen der Union, dass Personen, die sich im Ausland an Kampfhandlungen einer terroristischen Vereinigung beteiligen, künftig den deutschen Pass verlieren, sollten sie neben der deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen. Ein Verlust der Staatsangehörigkeit für Personen mit ausschließlich deutscher Staatsangehörigkeit ist nach dem Grundgesetz ausgeschlossen. Vielen Terrorkämpfern wird so der Weg zurück nach Deutschland versperrt, ein wichtiger Beitrag auch zu mehr öffentlicher Sicherheit in unserem Land.

„Wir wollen alles tun, um die Ausbildung von Parallelgesellschaften in unserem Land zu verhindern“, so der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring. Wer die Mehrehe in unserem Land leben wolle, habe offensichtlich nicht vor, sich den deutschen Lebensverhältnissen oder der hier geltenden gesellschaftlichen und rechtlichen Ordnung anzupassen und könne folglich nicht Deutscher werden. „Dieser Schritt war überfällig“, konstatiert MdB Karsten Möring.

Kölner Besuchergruppe zu Gast im Bundestag



Spannende Tage in Berlin verbrachte eine Besuchergruppe aus seinem Wahlkreis, die CDU-MdB Karsten Möring im Reichstag begrüßen konnte. Während des Aufenthalts in der Hauptstadt besuchten die Domstädter unter anderem die CDU-Bundesgeschäftsstelle, wo sie zufällig die Parteivorsitzende Kramp-Karrenbauer trafen, die Gedenkstätte Deutscher Widerstand und führten nach einer kulinarischen Stärkung im Restaurant des Fernsehturms 200 Meter über dem Alexanderplatz ein spannendes Informationsgespräch beim Bundesnachrichtendienst. Im Reichstag erlebte die Gruppe eine der wenigen Befragungen der Bundeskanzlerin, die bestens aufgelegt auch aggressive Fragen der Opposition parierte. Das gab genügend Stoff für eine angeregte Diskussion mit MdB Karsten Möring im Anschluss. (Foto: BPA)

Bundestag debattiert die Energie- und Klimapolitik

Insgesamt zehn klima- und energiepolitische Anträge sowie drei Gesetzentwürfe der Opposition zur Klimapolitik hat der Bundestag am Freitag beraten. Der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring betonte in seiner Rede die bisherigen Leistungen von Regierung und Koalition. Möring, Mitglied im Unterausschuss, verwies darauf, dass in den vergangenen Jahren eine erhebliche Treibhausgasreduzierung erreicht wurde. „Wir haben bei den erneuerbaren Energien insgesamt so viel Kapazität geschaffen, dass wir den Wegfall der Kernenergie ausgleichen können.“ Das habe anderthalb Jahrzehnte gedauert, und nun müsse die fossile Energieerzeugung durch Kohle ebenfalls umweltfreundlich ersetzt werden. Das geschehe schrittweise bis 2038.



Umweltausschussmitglied Karsten Möring sprach in der Debatte am Freitag zu den klimapolitischen Zielen der CDU/CSU. (Foto: privat)

Klimapolitik als Teil der Nachhaltigkeitspolitik sei global, nicht national. Dazu müsse jedes Land beitragen, gleichgültig wie groß sein Anteil an den weltweiten Emissionen sei. Bei allem was wir tun, müssten wir für unsere Industrie und die Arbeitsplätze Perspektiven erhalten, so MdB Möring. „Wenn wir unsere Aluminiumindustrie wegen zu hoher Strompreise oder fehlender Strommengen kaputt machen, dann wird Aluminium woanders produziert. Ob das dann für das Klima besser ist oder nicht - dahinter mache ich ein großes Fragezeichen“, legt Möring den Finger in eine offene Wunde bei den Vorstellungen der Grünen zur Klimapolitik. ([zur Rede](#))

Impressum:

Ausgabe Nr. 35 der 19. Wahlperiode

29. Juni 2019

Herausgeber:

Bundestagsbüro Karsten Möring

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-77611

Email:

karsten.moering@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

Karsten Möring MdB/Harald Häßler/

Dr. Jürgen Reuter

